



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

P/XV/106 - 9. Mai 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a

Eiseshälte über dem Gipfel

60

Zum Flugzeugzwischenfall USA - UdSSR

2 - 3

Mexikanische Parlamentarier in der Bundesrepublik

104

Dialog zwischen Carlo Schmid und
Senator Sanchez Moreno, Mexiko...

Von unserem Korrespondenten in Lateinamerika, Max Diamant

4 - 5

Das Schisma von Keilbromm

79

Kongress einer Partei, die keine ist

Von Franz Barsig

6 - 7

Das andere Europa

79

Wünsche und Forderungen der Sozialisten

Von Ulrich Blank, zur Zeit Straßburg

* * *

* * *

Eiseskälte über den Gipfel

Zum Flugzeugzwischenfall USA - UdSSR

sp - Mit bestürzender Wucht bringt uns allen der Zwischenfall mit dem abgeschossenen amerikanischen Flugzeug inmitten der Sowjetunion in Erinnerung, auf welch' gefährlichem Grat die Politik der Weltmächte wandelt. Chruschtschow kostet rücksichtslos seinen Trumpf aus. Er nahm keine verbalen Rücksichten, er verschonte nicht einmal den amerikanischen Präsidenten, den er nächste Woche in Paris und einige Wochen später als vielbenützten Gast in der Sowjetunion erwartet.

Die USA-Regierung selbst befindet sich in einer äußerst peinlichen Lage. Man kann ihren Erklärungen Glauben schenken, daß der Spionageflug quer durch die Sowjetunion ohne ihr Wissen erfolgt sei. Das macht diese Angelegenheit noch ernster. Hier offenbart sich eine Eigennützigkeit gewisser amerikanischer Militärstellen, die keine Rücksichtnahme auf politische Notwendigkeiten kennen. Gibt es im Pentagon mächtige Kräfte, denen die Politik Eisenhowers, der nur noch einige Monate Präsident sein wird, nicht zusagt, und die auf solch' plumpe aber provozierende Weise die von ihm angestrebte Entspannung torpedieren wollen? Welch' unheimlicher Cliquen- und Rivalitätskampf wird hier vor aller Welt sichtbar?

Darauf läßt auch ein Bericht der "New York Times" schließen, wonach Eisenhower nicht nur alle Flüge über kommunistischem Gebiet oder in der Nähe der Grenzen der Ostblockstaaten untersagt, sondern auch eine Untersuchung des gesamten USA-Geheindienst-Apparates durch die Regierung angeordnet haben soll.

Gewiß, Spionage gehört seit eh und jeh zum eisernen Bestandteil der Diplomatie, und die Russen sind in dieser, das Licht der Welt scheuenden Gewerbe keine Stümper. Auch sie können mit

Detailkenntnissen von der Gegenseite aufwarten. Aber der Augenblick, einige Tage vor der Gipfelkonferenz, war höchst unglücklich gewählt, noch einen Blick über sowjetische Rüstungszentren zu erhaschen. Der angerichtete politische und psychologische Schaden läßt sich überhaupt nicht übersehen.

Das Treffen der Großen Vier wird dadurch sicher nicht infrage gestellt. In früheren Zeiten hätte ein solcher Zwischenfall zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen und zu noch Schlimmeren geführt. Heute verlieren die Mächtigen dieser Welt nicht so leicht die Nerven. Denn zuviel steht auf dem Spiel. Keine Seite darf und kann es wagen, jene Grenze zu überschreiten, an der es nur den Sturz in den Abgrund gibt. Man muß um des eigenen Überlebens willen an Mann bleiben, Gerade der Abschluß des amerikanischen Flugzeuges durch sowjetrussische Raketen drängt die Notwendigkeit einer umfassenden Abrüstung und eines Abbaus tiefverwurzelten Mißtrauens in den Vordergrund.

Auf den kommenden Pariser Gesprächen mag wohl nun ein eisiger Hauch liegen, aber gerade das müßte die Vier Großen anspornen, ihre Anstrengungen um eine Lösung allerwichtigster Fragen zu verdoppeln. Hinter der Beklommenheit Washingtons steht doch die Entschlossenheit, sich nicht in die Ecke drängen zu lassen, und hinter den triumphierend drohenden Worten Chruschtschows das Bemühen, die Fäden zum Westen nicht abreißen zu lassen.

Das ungeheure Tempo der technischen und rüstungswissenschaftlichen Entwicklung gibt beiden Seiten die Instrumente in die Hand, die es ihnen gestatten, sich gegenseitig Geheimnisse abzulauschen. Der Nachteil von heute für die eine Seite wird morgen durch Vorteile wieder aufgehoben. Das bestehende Gleichgewicht des Schreckens wird dadurch nicht berührt. Darin liegt zwar ein schwacher Trost, aber er ist vorläufig der einzige, der uns bei der Gratwanderung der Weltmächte verbleibt.

+ + +

Mexikanische Parlamentarier in der Bundesrepublik

Von unserem Korrespondenten in Lateinamerika

In ausführlichen Berichten, die die mexikanische Regierungszeitung "El Nacional" veröffentlichte, sind die Deutschland-Eindrücke der mexikanischen Parlamentariergruppe wiedergegeben worden. Einen besonderen Raum nahm dabei auch der Besuch Berlins ein, dessen schwierige Lage und zäher Freiheitswille offenbar auf die mexikanischen Parlamentarier einen sehr tiefen Eindruck machten.

Der Besuch der Bundesrepublik war nur ein Abschnitt während dieser ausgedehnten Reise der mexikanischen Parlamentariergruppe. Vorangegangen war der Besuch einer Reihe westeuropäischer Hauptstädte, aber auch Visiten bei Nasser in Kairo und bei Tito in Belgrad. Der Reiseplan sieht dann in weiteren u.a. einen Aufenthalt in Warschau, in Moskau und in Peking vor. Tatsächlich handelt es sich nicht um eine touristenmäßige Weltreise einiger mexikanischer Persönlichkeiten, sondern um eine bedeutsame Studienreise zu den wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zentren unserer Zeit. Die Parlamentariergruppe reist unter der Führung des Senatspräsidenten Moreno Sanchez, der einer der klügsten und fähigsten Köpfe aus der Gruppe und den Landespräsidenten Lopez Mateos ist.

In der Bundesrepublik erwarteten die mexikanischen Parlamentarier wohl vor allem aus eigener Sicht die Leistungen und Erfahrungen "des deutschen Wirtschaftswunders" kennenzulernen. Dank der jahrelangen einseitigen Berichterstattung der nordamerikanischen Presseagenturen und der entsprechenden Bonner Lesart ist das tatsächlich der vorherrschende Aspekt, unter dem Deutschland in der fernen Welt gesehen wird. Obwohl in Mexiko traditionell sehr starke deutschfreundliche Stimmungen vorhanden sind, haben aber die Erfahrungen mit dem deutschen Militarismus und der Hitler-Herrschaft in politischer Hinsicht eine gewisse Reserve erzeugt, die gerade bei den regierenden nationalrevolutionären Kräften des Landes anhält. Mexiko ist das einzige Land, das seinerzeit vorbehaltlos von Anfang an der kämpfenden spanischen Republik gegen Franco und seine faschistischen Verbündeten Hilfe jeder Art geleistet hat und ist heute das einzige Land der Welt, das mit Stolz an dieser Haltung festhält. Nicht die Franco-Regierung, sondern die republikanische Exilregierung ist hier diplomatisch anerkannt, und ihr Vertreter residiert im Amtsgebäude der spanischen Botschaft. Diesem "mexikanischen Klima", das betont demokratisch, anti-faschistisch und nationalrevolutionär ist, haben weder die alten konservativen Elemente der deutschen Kolonie, noch die politisch farblosen Berufsdiplomaten der Bundesrepublik, noch erst recht die Tätigkeit des egozentrischen Kulturdezernenten in den vergangenen Jahren irgendwelches Verständnis entgegengebracht. Die politische Reserve in Mexiko hat mit der Entwicklung der letzten Zeit gegenüber der Bonner Politik eher zugenommen, obwohl die handelsmäßigen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Mexiko und der Bundesrepublik steil anstiegen. In der mexikanischen Handelsbilanz rangiert die Bundesrepublik jetzt nach den USA an zweiter Stelle; neuerdings ist die Bundesrepublik auch dabei, im Kapitalexport nach Mexiko diesen Platz einzunehmen.

Unsommer beeindruckte es die mexikanischen Parlamentarier, daß sie beim Empfang im Bundestag keine Reden von Interessenten hörten und weder auf die Fragen der Handelsbeziehungen noch auf die schwebenden großen Fragen der Außenpolitik angesprochen wurden. Aus dem Bericht ist die Überraschung unverkennbar, daß der Vizepräsident des Bundestages, Prof. Carlo Schmid, vielmehr mit ernster Sachkenntnis und mit Bewunderung von der Geschichte und dem Freiheitsstreben des mexikanischen Volkes sprach und den sozialen Leistungen des neuen Mexikos seine Anerkennung zollte. Den großen Eindruck dieses neuen geistigen Kontakts mit der Bundesrepublik, aus der sich für die mexikanischen führenden politischen Kreise eine neue Sicht der Bundesrepublik ergeben kann, gibt man am besten durch einen Berichtsauszug der Reden von Prof. Carlo Schmid und des mexikanischen Senators Sanchez Moreno wieder:

Prof. Carlo Schmid führte nach dem Bericht, der im "El Nacional" auf der ersten Seite erschien, u.a. aus:

"Obwohl wir in der Gegenwart leben, wissen wir, daß die ersten Länder, die die erste siegreiche antikolonialistische Revolution durchführten, gerade die lateinamerikanischen Länder waren, denen es auch gelungen ist, definitive demokratische Formen zu schaffen, die auf dem Grundsatz der Selbstbestimmung beruhen!

In diesem Zusammenhang möchte ich auf den gegenwärtigen Konflikt in Südafrika hinweisen, wo ein Kampf auf Leben und Tod zwischen Weißen und Farbigen im Gang ist. Seit der Begründung Ihrer Unabhängigkeit habt Ihr dieses Problem mit großem Erfolg gelöst. Das ist eine positive Tatsache, die für alle Völker vorbildlich ist.

Ich spreche zu Euch als aufrichtiger Freund des mexikanischen Volkes und als enthusiastischer Bewunderer einer Nation, die eine große Zukunft vor sich hat. Nicht etwa wegen ihrer Naturschätze, sondern weil sie sich eine Urkraft bewahrt hat, die in den menschlichen Werten verankert ist. Wir Europäer fangen an, alt zu werden, Ihr Mexikaner seid auch ein altes Geschlecht, habt Euch aber durch die sozialen Erschütterungen verjüngt, und dies drückt sich besonders aus durch die beispielgebende Entwicklung Eures Landes".

Auf diese Ausführungen von Prof. Carlo Schmid antwortete der Senator Sanchez Moreno mit folgendem Gedanken:

"Ihre Rede, Herr Professor Carlo Schmid, haben wir mit größter Genugtuung aufgenommen, weil sie von einem Meister kommt, der außerdem ein Gesetzgeber und Politiker ist. Diese doppelte Aktivität kommt in Ihrem Denken und Lenken am besten zum Ausdruck. Als Universitätsprofessor arbeiten Sie in den Hörsälen, um mitzukelfen, das Bewußtsein der kommenden Generationen zu formen, und als Gesetzgeber und Politiker wirken Sie als Meister und Führer der ganzen Bundesrepublik. Wir haben für das große deutsche Volk ein Gefühl der aufrichtigen Bewunderung wegen seines friedlichen Kampfes, um so seine nationalen Ideale und Ziele zu verwirklichen. In Ihnen sehen wir den symbolischen Repräsentanten des heutigen Deutschland, das sich für die Erreichung fruchtbarer Ziele einsetzt. Platon sagte, daß die ideale Republik von philosophischen Staatsmännern oder staatsmännischen Philosophen geleitet sein müsse. Diese höchsten Eigenschaften vereinigen sich in Ihrer Person, zum Wohle des heutigen Deutschlands".

Das Schisma von Heilbronn

Von Franz Barsig

Ist es berechtigt, nach dem Heilbronner Parteitag der Deutschen Partei von einem Schisma, d.h. von einer Spaltung dieser Partei zu sprechen? Rein äußerlich nicht, denn die DP ist bis zum Abschluß dieses Parteitages gemeinsam in einem Saal geblieben. Innerlich hat diese Partei den Zustand des Schismas aber bereits erreicht, Heilbronn hat das bestätigt, denn im Saal der Handwerkskammer war nicht eine Partei sondern deren zwei versammelt.

Auf der einen Seite die niedersächsische DP, die man als eine nationalkonservative Partei bezeichnen kann, unterstützt von Baden-Württemberg und von Teilen der Delegierten aus Bayern und auch aus Bremen, auf der anderen Seite eine extrem-nationalistisch rechtsstehende Gruppe, zu der fast alles gehört, was sich um die DP angegliedert hat, als die frühere niedersächsische Landespartei (NLP) den untauglichen Versuch machte, die weiß-gelbe Welfenflagge auch in den anderen Bundesländern mit den Farben schwarz-weiß-rot wehen zu lassen.

Trotz vieler Zerwürfnisse ist es bisher gelungen, dieses Konglomerat von verschiedenen Parteien in einer Partei zusammenzuhalten, aber auf die Dauer geht das eben nicht. Das Problem, vor dem diese Partei steht, wird im Grunde genommen durch die Namen Hellwege und Schneider nur personifiziert, und selbst wenn Hellwege seinen Konkurrenten noch einmal knapp schlagen konnte, täuscht nichts darüber hinweg, daß die auseinanderstrebenden Parteiflügel ideologisch keine gemeinsame Basis mehr haben. Den Konservatismus, den Heinrich Hellwege als Leitlinie aufstellt, vertreten eben die Delegierten aus Nordrhein-Westfalen oder Rheinland-Pfalz nicht; für sie ist selbst Schneider, von dem einmal Kurt Schumacher im Bundestag als der "Ehrabschneider" sprach, ein Außengesicht, ihre Ideologie ist das, was der Panzermajor Lange aus Nordrhein-Westfalen mit markigen Worten verkündete.

Aber diese Partei befindet sich nicht nur ideologisch in einem Dilemma, sie wird zwangsläufig einer Zerreißprobe ausgesetzt werden, wenn die Bundestagswahlen 1961 herannahen. Eine Landespartei läßt sich, das hat schon die Entwicklung der Bayernpartei gezeigt, schlecht in Bonn etablieren, wenn nicht ein großer Bruder hilft. Wenn aber dieser große Bruder, bei der DP also die CDU, dabei nicht brüderlich-

uneigennützig ist, sondern je nach der wahltaktischen Situation die DP nur als Hilfstruppe braucht, im Grunde gekommen aber darauf lauert, die Mannen um Heinrich Hellwege in einer Umklammerung zu ersticken, dann ist es zwangsläufig, daß diese Partei, getrieben von der Existenzangst, in ein heilloses Durcheinander kommen muß.

Es sollte witzig klingen und war doch so wahr, als Heinrich Hellwege davon sprach, er möchte nicht im einzelnen feststellen, wer in diesem Saal schon mit wem verhandelt habe. Verhandelt im Hinblick auf 1961 und mit dem Ziel, möglichst die eigene Haut in den vierten Deutschen Bundestag hinüber zu retten. Da klüngelt auf der einen Seite praktisch jeder der 15 Abgeordneten der DP zunächst auf eigene Faust, um auf einem sicheren Platz irgendeiner Landesliste einer anderen Partei unterzukommen, Minister nicht ausgeschlossen. Das Geschäft ist schwer, denn außer einem bestehenden Mandat, das von keiner Seite gebraucht wird, ist an Persönlichkeit nicht viel zu bieten. Da verhandeln Landesverbände hinter dem Rücken der Bundespartei mit anderen Parteien, um zu fusionieren, um die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Schließlich muß die Bundesführung mit Sorgen an die kommenden Verhandlungen mit der CDU denken, denn die drei Direktmandate erneut in Niedersachsen loszugeben ist schwierig, eine Listenverbindung würde eine Änderung des Wahlgesetzes bedeuten und vom "Kater" Adenauer weiß die "Maus" DP bis heute noch nicht, ob er sie freies oder noch einmal laufen lassen will.

Ein solcher Zustand ist für eine Partei unerträglich. Davon muß sie auf die Dauer zerbrechen, zumal es - wie schon gesagt - keinen ideologischen Gesamtnenner für die DP gibt. Heinrich Hellwege wird sicherlich im stillen schon oft gedacht haben, daß es besser gewesen wäre, weiß-gelb und treu-welfisch zu bleiben.

Wenn eine solche Partei sich dann mit der SPD beschäftigt und stramm verkündet: Niemals eine Koalition mit der SPD, dann kann man das nur amüsiert zur Kenntnis nehmen und die DP zurückfragen, ob sie schon jemand darum gebeten hätte. Umgekehrt würde ein Schuh daraus. In dieser Form ist die DP für die Sozialdemokraten bündnisunfähig. Was später einmal wird? Überlassen wir das getrost den Wahlen und vielleicht der oder den Parteien, die 1961 antreten werden. Seit Heilbronn ist es zumindest fraglich, ob es das Gebilde sein wird, das sich heute noch Deutsche Partei nennt.

Das andere Europa

Von Ulrich Blank, zur Zeit Straßburg

Die Integration Europas hat - so paradox das klingen mag - in den letzten Jahren immer größere Hindernisse vor einem wirklichen Zusammenschluß der Länder des alten Kontinents aufgetürmt. Der nationale Egoismus hat in die Verträge über die neuen europäischen Organisationen allzuvieler Bremsen eingebaut, als daß der Einigungsprozeß nicht früher oder später in eine kritische Phase geraten mußte. Dieser Zeitpunkt scheint jetzt erreicht zu sein. Die Ursachen dafür sind auf dem wirtschaftlichen Sektor in den Schwerpunktverlagerungen vor allem bei Kohle und Stahl, auf politischem Gebiet aber vor allem in der französischen Politik des "Europas der Vaterländer" zu suchen. Die Hohe Behörde der Montan-Union hat entscheidend an Bedeutung verloren. Das Schwerkraft hat sich hinüber zur EWG-Kommission und zu den großen Staaten des Sechser-Europa verlagert. Hinzu kommt, daß die beteiligten Mächte, vor allem aber Frankreich, nach wie vor der Ansicht sind, alle entscheidenden Fragen müßten durch Regierungsverhandlungen, nicht aber auf der Ebene des neuen europäischen Parlamentarismus gelöst werden.

Diese allgemeinen Fragen münden in eine Fülle von Detailproblemen, die an alle politischen Kräfte des Sechser-Europa die höchsten Anforderungen stellen. Die sozialistischen Parteien in den sechs Mitgliedsstaaten, die sich am Wochenende in Straßburg zu ihrer vierten Konferenz versammelten, sind davon nicht verschont geblieben; allerdings hat sich ihre Zusammenarbeit verbessert, je schwieriger der europäische Einigungsprozeß wurde. Keine dieser Parteien ist heute in einer der sechs Regierungen, und - so bedauerlich dieser Umstand sein mag - so sehr hat er doch das Gefühl für die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns verstärkt. Um nationale und organisatorische Mehrgleisigkeiten einzudämmen, wollen die sechs Parteien zunächst ein gemeinsames europäisches Programm ausarbeiten, das die künftige Richtschnur ihres Handelns sein soll. Zu den wichtigsten Forderungen darin wird die Vereinheitlichung und Straffung der europäischen Behörden, aber auch die Einräumung größerer Rechte für das Sechser-Parlament und die Schaffung eigener Finanzquellen für die Gemeinschaft gehören.

Die Sozialisten waren sich in Straßburg darüber im klaren, daß auch diese Forderungen problematisch sind, und daß sie im Räderwerk der europäischen Organisationen von mancherlei Voraussetzungen abhängig sind. Denn die Übertragung größerer Rechte auf die EWG wird heute gerade von jenen Kräften gepredigt, denen an einer Vertiefung des europäischen Zusammenschlusses wenig liegt, und denen die weitergehenden Befugnisse der Hohen Behörde für Kohle und Stahl schon seit langen ein Dorn im Auge sind. Darum wird es darauf ankommen, daß die EWG-Kommission bei einer Ver-

größerung ihrer Zuständigkeiten auch tatsächlich alle Eigenschaften einer Exekutive bekommt, und daß, wie Dr. Deist betonte, vor allem der Ministerrat allein beratende Funktionen ausübt. Ebenso muß das Europäische Parlament zu einem wirklichen Gesetzgebungs- und Kontrollorgan umgestaltet werden, das über die Prinzipien der Politik der Gemeinschaft auch zu entscheiden vermag.

Die Wahlen zu diesem Parlament, die immer mehr in den Mittelpunkt der politischen Diskussion geraten, wurden auch in Straßburg lebhaft diskutiert. Es gibt ernste Bedenken dagegen, die vor allem eine Schwächung des demokratischen Gedankens befürchten, wenn Wahlen zu einem Parlament stattfinden, das bis jetzt nur reden und nicht handeln darf. Außerdem bleibt es infrage gestellt, ob ein auf diese Weise vergrößertes Parlament von über 500 Abgeordneten nicht schon aus sprachlichen Gründen zu schwerfällig sein würde, um den europäischen Problemen elastisch begegnen zu können.

Die Konferenz empfahl schließlich dennoch der sozialistischen Fraktion des Sechser-Parlaments, für baldige Wahlen einzutreten, aber zugleich einen Entwurf vorzulegen, der eine Erweiterung der Befugnisse des Parlaments vorsieht.

Das wichtigste Element der Straßburger Diskussionen war jedoch die Entschlossenheit der sozialistischen Parteien, künftig alles zu tun, um auch das andere Europa, das Europa der kleinen Leute, der Gewerbetreibenden, der Arbeiter und der Bauern zu Wort kommen zu lassen. Immer wieder wurde betont, daß es nicht zu einer Europa-AG der anonymen Wirtschaftsmächte kommen dürfe, und daß daher die Kontrolle der großen wirtschaftlichen Macht, Maßnahmen zur sozialen Anpassung und eine entschiedene Preispolitik zu den vordringlichen Aufgaben gehören.

Die sechs sozialistischen Parteien wollen bei der Erreichung dieser Ziele mit allen Gleichgesinnten zusammenarbeiten; vor allem soll der Kontakt zu den Gewerkschaften in allen europäischen Fragen enger werden; eine Beobachterdelegation der italienischen Linkssozialisten in Straßburg zeigte, daß auch in dieser Richtung ein besseres Verhältnis denkbar ist.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel